

Bezirksbürgermeister/-innen
Christina Emmrich
Matthias Köhne
Dagmar Pohle
Gabriele Schöttler

Bezirkstadträte/-innen
Ines Feierabend
Martin Matz
Andreas Höhne
Knut Mildner-Spindler

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ministerin
Frau Dr. von der Leyen
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin

Deutscher Bundestag
An die Berliner Bundestagsabgeordneten aller Parteien
-per Mail-

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen,

der Presse war zu entnehmen, dass Sie die bundesweite Einführung von „Bürgerarbeit“ für Langzeiterwerbslose planen. In diesem Zusammenhang möchten wir Ihren Blick auf den Berliner öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) richten, den es seit 2006 in unserer Stadt gibt. Wir Bezirkspolitikerinnen und -politiker sehen diesen bundesweit als positives Beispiel. Wir möchten Sie bitten, unsere Erfahrungen in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen.

Für uns ist der Berliner ÖBS ein Erfolgsmodell. Er schafft für Langzeitarbeitslose eine Perspektive, bietet ihnen sinnvolle Arbeit und gibt vielen ihr Selbstwertgefühl und ökonomische Unabhängigkeit zurück.

Auch die Berliner Stadtgesellschaft profitiert vom ÖBS. Die bezirkliche Infrastruktur wird gestärkt und das Lebensumfeld ebenso wie die direkte Lebensqualität vieler Menschen verbessert. Im ÖBS wird gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet, zivilgesellschaftliche Strukturen werden gefördert, soziale Ausgrenzung verhindert und der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt gestärkt.

Die ÖBS-Beschäftigten arbeiten z.B. in soziokulturellen Zentren, Nachbarschaftshäusern oder Selbsthilfegruppen. Sie organisieren Schiebedienste für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer oder begleiten Menschen mit eingeschränkter Mobilität bei der Fahrt im ÖPNV. Sie helfen Kindern mit Migrationshintergrund bei den Hausaufgaben und unterstützen als Integrationslotsen und Dolmetscherinnen Eltern mit Sprachproblemen bei Ämterbesuchen oder Elternabenden in der Schule oder Kita. Über den ÖBS werden Sozialmärkte für einkommensschwache Familien organisiert oder Kinderbetreuung außerhalb der Kitaöffnungszeiten angeboten.

Die Kulturarbeit hat einen eigenen Sektor im Berliner ÖBS. Mit der „Initiative KulturArbeit“ wurden Stellen für Künstlerinnen und Künstler geschaffen. Damit wird die kulturelle Vielfalt gefördert und die kulturelle Bildung z.B. an Schulen oder bezirklichen Kulturzentren unterstützt.

Im Berliner ÖBS werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für Arbeitslose geschaffen. Viele sind seit fast 20 Jahren arbeitslos, älter oder haben gesundheitliche Einschränkungen und bekommen keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt. Andere durften über viele Jahre nicht arbeiten oder ihre Ausbildung wird nicht anerkannt. Für sie alle ist der Berliner ÖBS eine Chance, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen einzubringen. Untersuchungen des Berliner ÖBS haben gezeigt, dass die Beschäftigten sehr zufrieden sind, auch darüber, dass ihre Isolation aufgebrochen und sie hohe Anerkennung für ihre Arbeit erhalten.

Die Beschäftigten im ÖBS werden nach geltenden Tarifverträgen bzw. ortsüblichen Löhnen bezahlt – müssen aber mindestens 7,50 Euro die Stunde verdienen.

Grundlage für den ÖBS sind die bundespolitischen Instrumente Kommunal-Kombi und BEZ (§ 16e, SGB II). Diese werden mit Landesmitteln aufgestockt. Zum einen, damit die Beschäftigten ein existenzsicherndes Arbeitsverhältnis erhalten, zum anderen, um eine Trägerpauschale zu finanzieren. Da das Bundesprogramm Kommunal-Kombi ausläuft und die Bedingungen für den BEZ geändert wurden – entfallen beide Programme perspektivisch für den ÖBS.

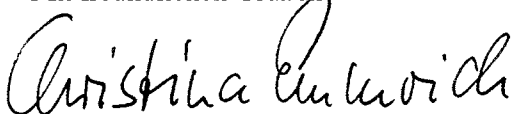
Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen, sicherlich können Sie sich vorstellen, dass es für alle Beteiligten sehr schwer ist, immer wieder neue Instrumente einzuführen und zu nutzen. Vor allem für die Beschäftigten aber auch für Nutzerinnen und Nutzer der Angebote im ÖBS bringt vor allem die zeitliche Befristung viel Unsicherheit. Der Erfolg vieler Tätigkeiten und Projekte im Berliner ÖBS hängt auch mit dem aufgebauten Vertrauen zwischen Beschäftigten und den Nutzerinnen und Nutzer der Projekte oder Einrichtungen zusammen, weil die Beschäftigten dort längerfristig tätig sind.

Wir werben für eine Verstetigung und Ausweitung des ÖBS. In vielen Regionen unseres Landes bietet der erste Arbeitsmarkt vielen Menschen keine Chance. Darüber hinaus ist die Arbeit im ÖBS eine notwendige und werthaltige Arbeit für die Gesellschaft. Der Bedarf ist enorm und dies wird bis auf weiteres so bleiben. Möglicherweise entstehen hieraus sogar neue Tätigkeitsfelder oder Berufsbilder – aber gegenwärtig gilt es, die geleistete Arbeit abzusichern.

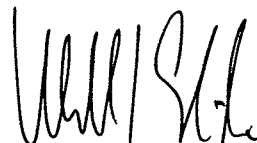
Anstelle der Finanzierung von Arbeitslosigkeit sollten dieselben Mittel besser zur Finanzierung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Wir halten die Ursprungsidee des Berliner Senats zur Finanzierung eines ÖBS für sinnvoll: Alle Mittel, die zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden – also, die aktiven und passiven Leistungen – sollten gebündelt werden können. Würden die Bundesländer bzw. die Kommunen dies mit Landesmitteln aufstocken, könnten damit sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Über diesen Weg könnte der ÖBS verstetigt und ausgeweitet werden und kostet den Bund nicht mehr als er jetzt bereits für die Erwerbslosen bereit stellen muss.

Wir bitten Sie, unsere Erfahrungen und Standpunkte in Ihre Überlegungen und Planungen mit ein zu beziehen. Gerne möchten wir Ihnen einen genaueren Einblick in unserer Arbeit und Projekte bieten und laden Sie gerne in unsere Bezirke bzw. Einrichtungen und Projekte ein. Über eine Reaktion auf unseren Brief würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen




Christina Emmrich
Bezirksbürgermeisterin
Bezirksamt Lichtenberg
Möllendorffstr. 6
10360 Berlin



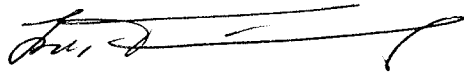
Matthias Köhne
Bezirksbürgermeister
Bezirksamt Pankow
Breite Str. 24a-26
13187 Berlin



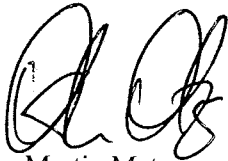
Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
Alice-Salomon-Platz 3
12591 Berlin



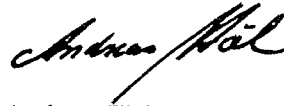
Gabriele Schöttler
Bezirksbürgermeisterin
Bezirksamt Treptow- Köpenick
Alt- Köpenick 21
12555 Berlin



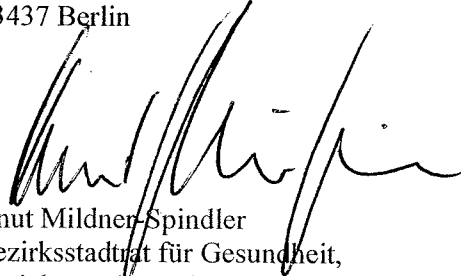
Ines Feierabend
Bezirksstadträtin für Soziales
und Gesundheit
Bezirksamt Treptow- Köpenick
Alt- Köpenick 21
12555 Berlin



Martin Matz
Bezirksstadtrat für Gesundheit,
Soziales,
Bezirksamt Spandau
13578 Berlin



Andreas Höhne
Bezirksstadtrat für Gesundheit
und Soziales.
Bezirksamt Reinickendorf
Eichborndamm 215-239
13437 Berlin



Knut Mildner Spindler
Bezirksstadtrat für Gesundheit,
Soziales und Beschäftigung,
Bezirksamt Friedrichshain- Kreuzberg
Frankfurter Allee 35-37
10247 Berlin

